

Verlagspreis
An Abnehmer
12 Monate
1.80
6 Monate
1.00
3 Monate
0.50
Einzelhefte
0.15
Anzeigenpreis
10 Zeilen
1.00
5 Zeilen
0.50
3 Zeilen
0.30
1 Zeile
0.15
Verlagsort
Nagold
Verleger
H. W. Schmidt
Vertrieb
H. W. Schmidt
Herausgeber
H. W. Schmidt
Druck
H. W. Schmidt
1917



Verlagspreis
An Abnehmer
12 Monate
1.80
6 Monate
1.00
3 Monate
0.50
Einzelhefte
0.15
Anzeigenpreis
10 Zeilen
1.00
5 Zeilen
0.50
3 Zeilen
0.30
1 Zeile
0.15
Verlagsort
Nagold
Verleger
H. W. Schmidt
Vertrieb
H. W. Schmidt
Herausgeber
H. W. Schmidt
Druck
H. W. Schmidt
1917

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 15 Druck und Verlag in Altensteig. Freitag, den 18. Januar. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1918.

Der Krieg.

W.B. Großes Hauptquartier, 17. Jan. (Mittl.) Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Sekundärgeschehen. Nördlich von Passendale, an der Scarpe, bei Vendhuile und Et. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Rußes Neues.

Mazedonische Front:

Im Cernobogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienischer Kriegsschauplatz

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener ein Gefangen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

An der West- und Südfront sind keine Veränderungen eingetreten. Ueber Ostafrika wird aus Lissabon gemeldet, daß in der portugiesischen Kolonie Mozambique 8 Deutsche Kompanien das Gebiet Matarica besetzt und dort eine stark befestigte Stellung angelegt haben. Die bei Dufala geschlagenen portugiesischen Truppen sollen sich mit den Engländern in Umango vereinigt haben. Der portugiesische Posten von Durio wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Fez Upuhua lagern und verschiedene Punkte der Provinz Queliman besetzt haben. Eingeborene Truppen der Deutschen haben am Maurice ein Lager bezogen und eine Brücke über den Rio geschlagen.

Im Jahr 1917 haben die Feinde insgesamt 2647 Flugzeuge und 244 Ballone, die Deutschen 735 Flugzeuge und 34 Ballone verloren.

Die Friedensverhandlungen.

(Schluß)
Brest-Litowsk, 15. Jan. Staatssekretär v. Kühlmann führt in der Beantwortung der vier von den Russen schriftlich vorgelegten Punkte weiter aus:

Zu Punkt 1: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen, nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechts. Ausland und Völkern bilden auch geschichtlich angesehene Einheiten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand behalten.

Zu Punkt 2: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Abordnungen immer wieder hingewiesen haben. Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich. Jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge in die während des Krieges evakuierten Gebiete anbelangt, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugelegt.

Zu Punkt 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß mit der fortschreitenden Annäherung eines allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfang die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu Punkt 4: Die verbündeten Abordnungen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage die Beschlässe über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete genehmigen soll. Eine einseitige Festlegung auf eine Veranordnung erscheint unpraktisch. Es ist darauf hingewiesen worden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. die Ukraine und Finnland, nicht im Wege einer Abstimmung, sondern durch Beschlässe von auf breiter Grundlage gewählten nationalen Versammlungen erfolgen.

Ziele weitgehender Vorschläge bilden den äußersten Rahmen, innerhalb dessen eine friedliche Verständigung noch zu erhoffen ist.

Eine Verständigung zwischen Rußland und den Verbündeten über diese schwierige Frage ist jedoch nur dann möglich, wenn aus Rußland den ersten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung zu gelangen, und wenn es anstatt des Versuches, einseitige Abstände aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten.

Hierauf erklärte Trocki, er hoffe, daß die eben verleierte Antwort der Mittelmächte die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die durch die Rede des Generals Hoffmann entstanden seien. Die russische Abordnung sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle die Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Abstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen Andersdenkende, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeoisie stempelt, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuße. In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen. Er müsse aber gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre. Er und seine Freunde hätten, als die rumänische Regierung versuchte, auf russischem Gebiet Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Der weisrussische Kongress setze sich zusammen aus Vertretern der weißrussischen Agrarier und hätte verurteilt, sich eines derjenigen Schritte zu bemächtigen, die Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen. Der Konflikt zwischen den Bolschewiki und der Ukraine, der noch nicht völlig beseitigt ist, könne in keiner Weise das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung einschränken. Der Vorsitzende der deutschen Abordnung habe gesagt, aus welchen Quellen er russische Abordnung die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal des besetzten Landes zu interessieren. Aber auch der Herr Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der nahen Tatsache hergeleitet, sondern aus dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Staatssekretär v. Kühlmann erwiderte: Was die Rede des General Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Vordrucker vollkommen richtig charakterisiert. Der Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung in der ich mich mit General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Abordnung ist der, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorkondensieren aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen lustigeren Namen zu schaffen. Ich schlage vor, uns an die breitere, von der russischen Abordnung vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten und über die vier Punkte, wie sie in unsere Antwort aufgenommen sind, nun wirklich in die Einzelerörterungen einzutreten. Nach einigen Einwendungen stimmt Trocki bei.

Die nächste Sitzung ist für den folgenden Tag, 19. Jan. vormittags, anberaumt.

Brest-Litowsk, 16. Jan.

Amlich. Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Abordnungen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und Gebietsfragen. Die verbündeten Mächte brachten ihre Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Grafen Czernin fand eine vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Bevollmächtigten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die 1 1/2 Stunden lange Unterredung, an der auch die deutsche Abordnung teilnahm, führte zur Herstellung eines grundsätzlichen Einverständnisses über die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen.

Brest-Litowsk, 17. Jan.

Am 15. ds. Mts. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen in die Besprechung der vier vorgeschlagenen Punkte unter Zurückstellung von Punkt 1 (Gebietsfrage) eingetreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Abordnung verlangte die Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete, damit sie Gelegenheit hätten, ihre russischerseits bestrittenen Rechte, bzw. ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär v. Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, jedoch unter der Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Abordnung dahin aufgefaßt werde, daß die Staatsverdingung dieser Gebiete durch die Zustimmung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Entweder: die Herren kommen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann müsse zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, daß diese Volkspersönlichkeit wenigstens präsumtiv entstanden ist, oder aber sie kommen als Privatleute und hätten dann bei dieser Besprechung nichts zu tun.

Trocki ging darauf nicht ein.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte fest, daß die abweichenden Ansichten über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungsgremien zukomme, sich auch durch eingehende Besprechung auf einer Mittellinie nicht hätten vereinigen lassen. Dies müsse an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen, da die verbündeten Abordnungen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine beschließende Volksabstimmung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen.

Bei Erörterung des von Staatssekretär v. Kühlmann gemachten Vorschlags, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmung in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schritt Trocki die Räumungsfrage an. Das Schicksal der betreffenden Gebiete dürfe nicht an den Verlauf des Krieges geknüpft werden. Durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien werde die Fortsetzung des Krieges auf anderen Fronten nicht ausgeschlossen, aber die Regelung der Geschichte der jetzt besetzten Gebiete müsse in Zusammenhang gebracht werden mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Kühlmann wies demgegenüber darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter Artikel 1 der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierungen fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Abklärung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen halte er nicht für ausgeschlossen, falls man in den anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. So jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauern des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer



set als nach Abschluss eines allgemeinen Friedens, ja müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Klärung der betr. Gebiete einen Zeitpunkt und Wege zu fassen, der nicht mit dem Abschluss des allgemeinen Friedens reime.

Die Sitzung wurde auf Nachmittags 5 Uhr vertagt. In der Nachmittagsitzung stellte der Vorsitzende Staatssekretär v. Kahlmann mit Bedauern fest, daß auf der Gegenseite keinerlei Geneigtheit bestünde, auf die deutscherseits gemachten Darlegungen einzugehen. Darauf ging man zu dem weiteren Punkt über: die politischen Voraussetzungen, unter denen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erfolgen soll. Die vorläufigen Abordnungen sind von der aufrichtigen Absicht geleitet, für die Zustimmung zum Wahl des höchstmöglichen Maß von politischer Freiheit sicherzustellen. Das ist zum großen Teil keine militärische Frage. Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des wirtschaftlichen Betriebs des Landes notwendig. Wir geben die Zusicherung, daß diese Streitkräfte keinen politischen Zweck ausüben werden; sie werden die freie Entscheidung in keiner Weise beeinträchtigen.

Trotsky erklärte, er müsse sich über die Räumungsfrage vollkommene Klarheit verschaffen.

Staatssekretär v. Kahlmann antwortete, er glaube durch die Erörterung vom Morgen sei die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt. Er habe aber nichts dagegen, wenn Trotsky das Thema weiter erörtere. Er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraums, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Das Mindestprogramm der Verhandlungen sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt. Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht Trotski innerhalb des von den Verhandlungen hergeleiteten Rahmens eine Zustimmung oder Wahl möglich sei, das heißt, ob bei der Gegenwart dieser militärisch organisierten Kräfte die Abstimmungs- oder Wahlbereitschaft als frei von militärischen Druck betrachtet werden könne oder nicht.

Trotsky erklärte, er könne jetzt diese Frage nicht beantworten. Die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte würde nach russischer Ansicht der Abstimmung schweren Eintrag tun. Im Zusammenhang mit der Frage sehe die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn diese in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgekehrt seien.

Staatssekretär v. Kahlmann gab zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörde, ob und welche Ausnahmen zu statuieren seien. Er bitte, ihm das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugehen zu lassen, wozu Trotsky sich bereit erklärte.

Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Die Friedensentschließung des Herrenhauses.

Berlin, 17. Jan. Dem Herrenhaus ist folgender Antrag des Grafen v. Behr-Behrenhoff, des Grafen v. Kahrleringl-Neufeldt und Dr. Wenker v. Wartenburg zugegangen: Das Herrenhaus wolle beschließen: Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die künftige Staatsregierung auf einen Frieden hinarbeiten wird, bei dessen Abschluss dem deutschen Kaiser die im Artikel 11 der Reichsverfassung

vorgehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Im Frieden muß den getöteten Opfern und Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. In der dem Antrag beigefügten Begründung heißt es: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Frage aufgeworfen, in wessen Namen die deutschen Unterhändler in Vers-Litovsk Erklärungen abgegeben, ob im Namen der Reichstagsmehrheit oder im Namen der Militärpartei. Demgegenüber ist zu betonen, daß das ausschließliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, verfassungsmäßig dem deutschen Kaiser zugehört. Dabei können nur deutsche Interessen maßgebend sein.

Der Krieg zur See.

Am 14. und 15. Januar unternahm leichte deutsche Streitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe, noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Aufnahmen an nächster Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Feuer.

Der Krieg mit Italien.

Der italienische Bericht.

Wien, 17. Jan. Italiäner Bericht vom 15. Jan.: In der Gegend von Monte Melone entfaltete sich der Kampf gestern nachmittag von neuem. Unsere Truppen, durch Artillerie wirksam unterstützt, räumten mit großer Tapferkeit vor. Wir nahmen 8 Offiziere, darunter einen Oberstleutnant, und 233 Mann gefangen. Im Osten von Capoville erweiterten wir den Frontabschnitt, wobei wir dem Feind einige Gräben entzissen. 2 Offiziere, 43 Mann wurden gefangen genommen, 2 Grabenminen, einige Maschinengewehre erbeutet. Durch unsere Blieger wurden nördlich von Monte Melone, bei Soga, im Tale Stagno und Monte Grappa vier feindliche Flugzeuge abgeschossen. Ein Haufen durch unsere Artillerie bei Ormelio. Zwei weitere Flugzeuge wurden bei Cobogno durch Congliano durch ein 100er Blieger zum Absturz gebracht.

Neues vom Tage.

Zur Entsendung des Grafen Podewils.

Berlin, 17. Jan. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Der bevorstehenden Entsendung des k. bayer. Staatsministers a. D. Dr. Grafen v. Podewils nach West-Litowol liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Versailler Uebereinkunft vom 23. Nov. 1917 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preussischer Seite am 14. Februar 1918 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichskanzler, seine Instruktionen erhält.

Die Antwort des Reichskanzlers.

Berlin, 17. Jan. Die Rede des Reichskanzlers ist erst in nächster Woche zu erwarten, da greifbare Entwürfe aus West-Litowol nicht vorliegen.

Das Befinden Bayerns.

Stuttgart, 17. Jan. Die „Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Rufstand des Reichskanzlers von Bayern hat

sich soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen kann.

Kein Remonteaufmarsch in Preußen.

Berlin, 17. Jan. Für das Jahr 1918 wird das preussische Kriegsministerium den Aufmarsch von jungen dreijährigen Remonten wiederum ausfallen lassen.

Reichstagsverfassung.

Baunzen, 16. Jan. Die Stichwahl im 3. sächsischen Reichstagswahlkreis Baunzen-Kamenz ist auf den 26. Januar festgesetzt worden.

Der Fall Gailang.

Paris, 17. Jan. Clemenceau läßt (wie der „Sof. Ztg.“ berichtet wird) in der Presse verbreiten, das Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs Lansing, das zur Verhaftung von Gailang führte, solle veröffentlicht werden.

Die Anerkennung Finnlands.

Bern, 17. Jan. Die Schweiz hat die unabhängige Republik Finnland anerkannt.

Skandinavische Königszusammenkunft.

Christiania, 17. Jan. „Aftenposten“ erzählt aus Stockholm, in nächster Zeit würde eine Zusammenkunft der skandinavischen Könige in Stockholm stattfinden.

Die Wirren in Rußland.

Stockholm, 17. Jan. Laut „Riesch“ soll es dem Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrats aufzufassen. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Amüßiges.

Das Rgl. Oberamt Nagold macht bekannt:

Wegen Feststellung der Vorräte an Getreide und Hülsenfrüchten ist die Erzielung von Mehl- und Schrotkarten zunächst bis 25. ds. Mts. gesperrt.

Zu bringenden Fällen sind Brotkarten zu verabreichen, jedoch unter Berücksichtigung bei späteren Anträgen auf Ausstellung von Mehlkarten.

Landesnachrichten.

Allensteins, 18. Januar 1918.

* Die württ. Verfassungsk. Nr. 644, 645 und 646

enthalten u. a. folgende Namen: Christian Auer, Schönbrom, Schw. verw. Adolf Bahlinger, Solz, gef. Georg Waldbauer, Freudenstadt, gef. Alf. Friedrich Bäuerle, Gmünderte, verlegt, Andreas Greg Engelberger, gef. Heinrich Koch, Horstberg, inf. Krankh. gef. Johannes Henz, Kottleben, Schw. verw. Gebr. Wilhelm Sailer, Hornstetter, verlegt, Gottlieb Schmid, Hafterbach, Schw. verw. Karl Schürler, Dmeroda, verlegt — Karl Puchmann, Kottleben, gef. Christian Trost, Beihingen, inf. verw. gef. Friedrich Epler, Altensieg Stadt, lecht verw. h. d. Tr. Friedrich Blas, Edhausen, Schw. verw. Friedrich Langer, Kottleben, l. verw. Johannes Wolf, Oberjandorf, l. verw. — Johann Fischer, Reubulach, inf. Krankh. gef. Lin. d. R. Karl Haas, Freudenstadt, gef. Gyieldw. Wilhelm Hager, Gresbach, l. verw. Lin. d. R. Willi Herzog, Kaly, bisher verlegt, gef. Albert Müller, Besenfeld, bisg. verlegt, gef. Friedrich Stöhr, Wack, bisg. verlegt, gef. Martin Wadenhut, Egerhausen, l. verw. h. d. Tr.

Leserbriefe.

Nicht wolle deinen Sinn auf Dinge richten, Die nur durch allzu harte Nöthel glücken, Bei denen du verlegen mußt die Pflichten Und in den Staub vor deinem Feind dich lücken.

Mächtiger als Gold.

Roman von M. Witke.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als er hörte, daß Edith noch nicht nach Hause gekommen sei, sagte er: „Aber sie wird dir doch jedenfalls erzählt haben, wo sie am Vormittag mit mir gewesen ist?“ Und auf Frau Sydias vernünftiges Kopfschütteln fuhr er etwas verärgert fort: „Das seht mich allerdings in Erstaunen, denn ich hatte ihr selbstverständlich nicht ausgetrogen, die ein Geheimnis daraus zu machen. Ich hatte das Vergnügen, sie zu dem alten Herrn Krüger aus Bloemfontein zu führen, und es war ein wirkliches Vergnügen, die Begegnung zwischen den beiden zu beobachten.“ „Ah!“ machte Sydias. „Und davon hat man mir vorher gar nichts gesagt? Ein neuer Beweis, zu einer wie überflüssigen und nebenhässlichen Persönlichkeit ich hier im Hause geworden bin!“ Krönung schuldete sich ohne sonderlichen Eifer damit, daß es für Edith eine Überraschung hätte sein sollen. Und dann begann er von dem vorzüglichen Eindruck zu sprechen, den Edith auf den alten Herrn gemacht habe. „Er war ganz entzückt von ihr und konnte sich bei unserer späteren Unterredung mir gegenüber gar nicht genug tun, in Komplimenten und Dankungen für die ausgezeichnete Erziehung, die wir ihr hätten zuteil werden lassen.“

„Über die ausgezeichnete Erziehung meines armen Koff wird dir vermutlich niemand Komplimente machen“, dachte Frau Sydias voll Bitterkeit. Aber sie behielt ihre Gedanken für sich und erhebelte das lebhafteste Interesse für die Mitteilungen, die ihr der Justizrat über die Einzelheiten seiner Besprechungen mit dem Vormunde Ediths machte.

Wenn er nur nicht von der Kassette anfängt, das war die einzige Sorge, die sie bei alledem beschäftigte. Aber ihr Bemühen, ihn bei anderen Dingen festzuhalten, blieb ohne Erfolg. Denn plötzlich sagte er:

„Und was sagst du zu den Perlen, die Krüger für unsere liebe Kleine mitgebracht hat? Ich habe den guten alten Herrn im Verdacht, daß der Wunsch, ihr Entzücken mit eigenen Augen zu sehen, einer der Hauptgründe gewesen ist, die ihn zu dieser weiten und in seinen Jahren gewiß anstrengenden Reise bestimmt haben.“

„Welche Perlen?“ fragte Frau Sydias mit gut gespielter Befremden. „Ich habe von solchen bis zur Stunde nichts gesehen oder gehört.“

„Ah, das ist doch merkwürdig! Ich hatte als sicher angenommen, daß Edith mit ihren Schätzen sofort zu dir eilen würde. Das müßte für sie doch das höchstliegende sein.“

„Nun, mir gegenüber scheint man zuweilen auch das Mächtiger zu veräumen. Es war ihr wohl nicht der Mühe wert. Handelt es sich wieder um so kostbare Dinge wie — wie bei seinem ersten Besuch?“

Frau Sydias brachte es nicht über sich, die Perlen ausdrücklich zu erwähnen, und auch der Justizrat ging darüber hinweg.

„Um viel kostbarere, als ich es für möglich gehalten hätte. Mein guter Freund Lindholm muß drüben im Diamantenlande ein rechter Juwelennarr geworden sein, oder seine schöne junge Frau muß eine ganz besondere Vorliebe für Edelsteine gehabt haben. Der Wert der Schmuckstücke, die Krüger mitgebracht hat, beziffert sich nach seiner gewiß glaubwürdigen Versicherung auf Hunderttausende.“

„Ah, die Glückseligkeit! Dann wäre es allerdings kein Wunder, wenn sie eitel und eingebildet wird. Früher war es nicht Eitelkeit, ein junges Mädchen, das eben erst kügge geworden ist, mit solchen Reichthümern zu behängen.“

„Es ist auch gar nicht davon die Rede, daß vom diese Kostbarkeiten jetzt schon tragen soll. Da selbst wohl bestimmen, welche Stücke sie für ihren baldigen Gebrauch zurückbehalten soll. Die anderen deponiere ich morgen bei meiner Bank, da ich die Verantwortung, sie im Hause zu bewahren, jedenfalls nicht auf mich nehmen will. — Aber ich habe mir die Sachen heute in Krügers Hotelzimmer nur flüchtig angesehen, und ich möchte außerdem den Inhalt der Kassette mit dem Verzeichnis vergleichen, das Krüger mir eingehändigt hat. Ein zweites, gleichlautendes Verzeichnis soll sich, wie er sagte, in der Kassette selbst befinden. Weißt du, wo Edith den Schmuckkasten verwahrt hat?“

„Wenn es eine mit Leder überzogene, altmodische Schatulle war, so hat sie heute vormittag hier in diesem Zimmer auf dem Tische stehenlassen. Vielleicht begte sie die Absicht, sie mir zu zeigen, und hat es dann später im Laufe der Unterhaltung vergessen.“

„Das ist wirklich recht sonderbar! Und was ist dann weiter aus dem Kasten geworden?“

„Ich bemerkte ihn erst, als Edith das Haus bereits verlassen hatte. Von dem Inhalt wußte ich ja nichts; weil es doch aber möglicherweise etwas Wertvolles sein konnte, trug ich ihn in Ediths Ankleidezimmer hinauf und beauftragte Ranny, ihn in den Schmuckschrank einzuschließen.“

„Rührgnügt schüttelte der Justizrat den Kopf.“

„In diesen Schmuckschrank, den jeder Spion ohne alle Schwierigkeiten mit einem Nachschlüssel öffnen könnte?“

„Aber, mein Gott, ich verdiene doch keinen Vorwurf! Kann ich dafür, wenn es niemandem der Mühe wert schien, mich auf die Kostbarkeit dieses alten, unansehnlichen Kastens aufmerksam zu machen?“

„Gewiß, liebe Sydias, es fällt mir ja auch gar nicht ein, dir einen Vorwurf zu machen! Aber an einem so unsicheren Orte darf die Schatulle jedenfalls nicht bleiben. Du hast wohl die Lebenswürdigkeit, sie zur Stelle zu schaffen, damit ich sie, nachdem ich den Inhalt mit dem Verzeichnis verglichen habe, in meinen Schmuckschrank einschleusen.“

Zweites folgt.



Die Sitzung des Gemeinderats vom 15. Jan. 1918. Der Eintritt in die Beratungen wird Oberbürgermeister, welcher in der Sitzung anwesend ist, vom Vorsitzenden Stadtschultheiß Walter zu seiner Wiederbestellung nach schwerer Erkrankung beglückwünscht. Zur Bestellung kommt ein Antrag des Rgl. Ministeriums des Innern bezugl. der Landesbrennstoffstelle über die für das Jahr 1918/19 durchzuführende Brennstoffverteilung. Nach diesem Antrag haben u. a. die Kreisverbände der Gemeinden aus jedem Kreis 2 Kubikmeter 2 Kubikmeter Brennstoff abzuliefern. Die hiesige Stadtgemeinde ist daher mit rund 2000 Kubikmeter Brennstoff lieferungspflichtig. Von Seiten der Landesbrennstoffstelle wird der Anspruch der hiesigen Einwohnerschaft an Brennstoff für das Jahr 1918/19 auf 1330 Kubikmeter festgesetzt. Da nun bestimmungsgemäß der Brennstoff aus den Kreisverbänden zunächst den Markungsgemeinden zuzuführen ist, so ist von der Stadtgemeinde darum nachzusuchen, daß die den hiesigen Versorgungsberechtigten zuzuführende Holzmenge von 1330 Kubikmeter aus dem eigenen städtischen Waldbesitz insbesondere den vorderen Stadtwaldungen zugeteilt werden darf. Die dann noch zu liefernden etwa 700 Kubikmeter sollen aus Stadtwald Gipswald und Hasenwald zur Verfügung der beteiligten Markungsgemeinden gehalten werden. Die Zurechnung des Brennstoffes an die hiesigen Versorgungsberechtigten wird fernerzeit durch eine vom Gemeinderat heute hierzu bestimmte besondere Kommission erfolgen.

In einer Eingabe bittet der hiesige Viehverkehrsverein um Erhöhung des ihm bisher aus der Stadtkasse gewährten Betrags; diesem Gesuche wird entsprochen und der Betrag auf 100 erhöht. — Die Stadtpflege soll an den Viehverkehr angegeschlossen werden, was Genehmigung findet. — Der große Andrang bei Abgabe von Freizeitscheinen gibt Veranlassung, neue Bestimmungen für diese Abgabe zu treffen. Um dieses markenfreie Fleisch möglichst vielen Familien zuzuführen lassen zu können wird die abzugebende Menge auf 1 Pfd. für kleine Familien, 2 Pfd. für mittlere und 3 Pfd. für große Familien beschränkt; gleichzeitig soll in die Verabfolgung an die Abholenden mehr Ordnung gebracht werden. — Die Tatsache, daß hier schon längere Zeit keine Feigwaren, Graupen u. ähnliche Lebensmittel mehr eingezogen sind, gibt zu einer längeren Aussprache über die Lebensmittelversorgung des Bezirks Veranlassung. Es wird hervorgehoben, daß andere ländliche Kommunalbezirke weit besser versorgt werden, und dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Leitung des Kommunalverbandes Regalid möge baldmöglichst mit aller Energie bei der Landesversorgungsstelle vorstellig werden. — In der Sitzung des Gemeinderats vom 9. Dez. über welche nachträglich berichtet wird, war auf die Dauer von 8 Jahren die Wahl von 2 Wasserrichtern und deren Stellvertreter, ebenso die Wahl der Mitglieder der Inventarbehörde vorzunehmen. Als Wasserrichter wurden gewählt die H. Adersmann und Häfner, als Stellvertreter G. B. B. Adersmann und Häfner. Als Inventarleiter sind G. B. Adersmann und Häfner, als Stellv. G. B. Beck und Brauner gewählt.

Zu dem Tode des O. A. Sparsassers Gaiser in Regalid. Der freiwillig aus dem Leben geschieden ist, schreibt der „Gef.“: „Von Mund zu Mund verbreitete sich gestern früh die betrieblende Nachricht, daß Oberamtsparassers Gaiser, ein äußerst pflichtgetreuer Beamter und lebenswürdiger Mensch, eines jähen Todes gestorben sei. An der Todesurkunde dürfte in erster Linie ein langjähriges Nervenleiden, dann aber auch eine starke Depression infolge Überbürdung und Überarbeitung Schuld sein. Wer ihn näher kannte, der weiß, wie ernst es Gaiser stets mit seinen Pflichten als Kassier der Oberamtsparassers nahm. Eine durch den in jeder Beziehung tief bedauerlichen Todesfall hervorgerufene Revision der Kasse weist jedes auch nur geringste Mißtrauen gegenüber der Rechthaltigkeit Gaisers von sich. Um allen Verunglimpfungen aber vorzubeugen, sei ganz besonders hervorgehoben, daß die Bestände der Oberamtsparassers vollständig in Ordnung sind.“ — Die Beerdigung Gaisers findet heute Freitag Nachmittag 2 Uhr in Baiersbrunn, wo er geboren ist, statt.

Verrat der Färbung der Anilinfarben. Das Reutersche Bureau bringt die Nachricht, daß eine der englischen Färbungsindustrie angehörende Kommission 257 geheime deutsche Bestimmungen über die Bereitung von Farbstoffen aus der Schweiz nach England gebracht habe. Reuters will damit glauben machen, daß es nun endgültig vorbei sei mit der Ueberlegenheit der deutschen Farbstoffindustrie. Er gibt damit zu, daß die in den vergangenen drei Jahren mit vielen Opfern von England unternommenen Versuche der Begründung einer leistungsfähigen englischen Farbstoff-Industrie bisher keinen Erfolg hatten. Die deutsche Ueberlegenheit in der Farberzeugung hängt nicht von bestimmten geheimen Rezepten ab, die man nur zu Recht braucht, um dann ebenso gute Farben herzustellen. Wer die Entwicklung der deutschen Farberzeugung kennt, der weiß, daß sie ihre gegenwärtige Bedeutung nur erlangt hat auf Grund jahrelanger, mühevoller Arbeit, die in den verschiedenen Anlagen im Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und Industrie stattgefunden hat.

Sind die Zahnärzte warenunfähig? Der Reichsanwalt hat verfügt: Bei den Verträgen, die auf dem Gebiete der zahnärztlichen Tätigkeit abgeschlossen werden, ist zu unterscheiden zwischen Verträgen, die auf Herstellung oder Veränderung einer Sache gerichtet sind, und solchen, deren Gegenstand ein anderer durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführender Erfolg ist. In der letzteren Gruppe gehört die Behandlung des menschlichen Körpers durch Einsetzen von Zähnen, Kronen und dergleichen. Werden hierbei vom Unternehmer zu beschaffende Stoffe verbraucht, so ist Warenlieferung nicht anzunehmen. Die erste Gruppe ist die insbesondere die Herstellung und Lieferung von

Werkstoffen fällt, die durch die Verrichtung ihrer Natur als Sachen nicht verziehen, ist unentgeltlich. Die Stoffe, aus denen diese Sachen gefertigt sind, können als bloße Zutaten oder Nebenstoffe nicht angesehen werden. Für betrieblige Lieferungen wird daher die Abgabe gefordert, und zwar von dem gesamten dafür gewährten Entgelt, ohne Abzug eines Teils für Arbeitsleistung. Es handelt sich dabei nicht nur um die Tätigkeit der Zahnärzte, sondern auch der sogenannten Zahnmechaniker. Was für ein Gebiß, also eine Mehrzahl von Zähnen gilt, trifft auch für einen einzelnen Zahn zu. Es wird daher auch die Lieferung eines künstlichen Zahnes unentgeltlich. Dies trifft jedoch nur auf solche Einzelzähne zu, die nach Art der Gebisse zu eingerichtet sind, daß sie jederzeit aus dem Munde wieder herausgenommen werden können. Dagegen sind Zahne, die wie z. B. Stützähne, dem Kiefer fest eingefügt werden, unentgeltlich. — Eine keine Unterabteilung!

Unfallversicherung. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts richtet sich die Höhe der Obliegenheitsbeiträge, die für Kriegsgefangene zu zahlen sind, nach dem Entgelt, das der Unternehmer nach der Vereinbarung mit der Deeresverwaltung für die Ueberlassung der Kriegsgefangenen zu gewähren hat. Unternehmer, bei denen Kriegsgefangene beschäftigt sind, haben der Berufsgenossenschaft das Entgelt für die Zeit ab 1. Januar 1917 nachzuweisen. Dies trifft auf Kriegsgefangene, die als gewöhnliche Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter beschäftigt werden, nicht zu, wohl aber für die Gärtnereibetriebe.

Dom Landtag. Der würt. Landtag soll, wie das Südd. Korrespondenz-Bureau erfährt, im Laufe des Monats Februar einberufen werden.

Die kirchliche Feier des Geburtstages König Wilhelms soll auf Anordnung des Königs in allen Kirchen des Landes, auch in der Hofkirche und in den Militärkommunitäten, in diesem Jahr auf Sonntag, den 24. Februar, verlegt werden.

Eine neue Holzfallmaschine. Von der K. Forstdirektion wird mitgeteilt, daß am Donnerstag, 31. Januar, eine öffentliche Vorführung der neuen Holzfallmaschine „Sector“, welche für die Waldbesitzer und Sägewerke von Bedeutung zu werden verspricht, in einem Staatswald bei Borch stattfinden wird.

Zivilgefangene und Versicherungsrecht. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts können Zeiten der Zivilgefangenschaft in Feindesland nicht als Militärdienstzeiten im Sinne der §§ 1281 und 1303 B.V.D. angerechnet werden.

Die Verjährung der Strafverfolgung wegen Unterlassung der Abmeldung eines Versicherungspflichtigen beginnt nach neuester Entscheidung des Reichsversicherungsamts erst mit der Nachholung der Abmeldung.

Reichs-Seifenarten. Nach dem „Berl. Volant.“ werden die neuen Seifenarten, die für die Monate Februar-Juli 1918 Geltung haben, für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches Geltung haben.

Reuenbürg, 16. Jan. In Reuenbürg der Ehrenbürger der hiesigen Stadt Karl Christian Friedrich Kr. st. Mit dem Hinscheiden dieses in allen Kreisen der Bevölkerung hochgeschätzten Mannes hat die hiesige bürgerliche Gemeinde sowohl wie die Kreislige einen Wohltäter verloren, dessen Verdienste um die hiesige Stadt, um die Förderung vielfältiger gemeinnütziger und sozialer Zwecke niemals vergessen sein werden. Eine Reihe von Eistungen, regelmäßig wiederkehrende Spenden für bedürftige und Notleidende, unzählige wertvolle Tatkraften zur Besserung der Notstände, wie sie durch die Kriegszeit sich ergeben haben, sind dem Verdienstlichen zu verdanken.

Stuttgart, 17. Jan. Am Mittwoch morgen konnte man sich in die Frühjahrszeit versetzt glauben. Ein milder Südwind verbreitete wohlige Wärme, hell bläute das Himmelsblau herab und die Sonne sandte warme Strahlen zur Erde. Spaziergänger konnten da und dort am Wegrand die weißen Weinbergschneeden beobachten, die, von der Wärme verlockt, den schützenden Deckel ihres Gehäuses gesprengt und die von der Natur geschaftere Wohnung verlassen hatten. Den bekannten Vorgang deutet man gewöhnlich als ein Zeichen des nahenden Lenzes. Mittags trat ein rascher Umschlag ein. Ein furchtbarer Sturm setzte ein, zeitweilig mit Regen vermischt, der gegen Abend eine unerhörte Stärke annahm. Das Barometer stieg in wenigen Stunden um 10 Millimeter. Die ganze Luft schien in Aufruhr. Auch Wintergewitter wurden verschiedentlich beobachtet. Ueber die verheerenden Wirkungen des Orkans sind bis jetzt nur vereinzelte Nachrichten eingelaufen, da die telegraphischen und telephonischen Verbindungen in einem großen Teil des Reichs unterbrochen wurden, wodurch namentlich der Zeitungsdienst außerordentlich gehemmt wurde. Die vorhergehende rasche Schneeschmelze hat im Verein mit den Regenfällen allenthalben Hochwasser hervorgerufen. Keine Wähe sind in reichende Ströme verwandelt und der Schaden, der durch Ueberschwemmungen und reichendes Wasser angerichtet wurde, ist nicht gering anzuschlagen. Glücklicherweise ist nun wieder Frostwetter mit Neigung zu Schneefällen eingetreten, so daß ein Weitergreifen des Hochwassers nicht mehr zu befürchten ist.

Während eines heftigen Schlags der Niz ein in Ulm und Kirchheim.

Stuttgart, 16. Jan. (Müllerbund.) Der Ausschuss des Müllerbundes, der am Sonntag unter dem Vorsitz des Herrn Blank-König hier tagte, beschloß, an die Landesregierung zu schreiben, das Ministerium des Innern eine Eingabe zu richten, in der gegenüber der Preisbildung mancher Behörde bestimmte Sätze für die Müllabfuhr und die sonst in Betracht kommenden Leistungen der Müllerei

verlangt werden. Wegen der geringen Einfuhr von Getreide und die Vorkauf von Getreide und Mehl wurde Stellung genommen. Die Frage des Getreidemangels soll in einer ordentlichen Mitgliederversammlung behandelt werden. Der Ausschuss vertritt im dem Monopolschranken gegenüber zunächst ablehnend. Den Ankauf der Südb. und Mitteldeutschen Müllergüter durch den Süddeutschen Müllerbund wurde zugestimmt.

Stuttgart, 17. Jan. (Einberufung.) In den letzten Tagen hat die Kriminalpolizei wiederum eine Einberufung anlässlich gemacht. Am Samstag, 12. Januar, wurde in ein Anwesen in der Albenstraße eingedrungen, während die Wohnungsinhaber zur Verhütung eines Unfalls abwesend waren. Als Täter sind die Hilfsarbeiter Albert Lorenz von Straßburg und Gustav Maier von Waldenbuch ermittelt und festgenommen worden. Die Nachforschungen führten zu der Feststellung, daß sie zu einer Einberufung gehörten, die in den letzten Wochen zahlreiche Einbruchdiebstähle in Dachböden und in Kellern und Oblegenzräumen verübte. Die weiteren Mitgelde, der Hilfsarbeiter Rudolf Burkhardt von Wöflingen, der Dachdecker Richard Haubner von Leipzig und der Hilfsarbeiter Alois Remanek von Jochimsburg sind ebenfalls, die beiden letzteren von dem Eisenbahnüberwachungsamt ergriffen worden. Wegen Einbruch zu den Einbruchdiebstählen und gewerkschaftlicher Hehleri wurde der Soldat Karl Wolf, Landwirt von Mühlbach, wegen Diebstahls hiezu, hzu. Hehleri der Arbeiterinnen Josefine Kiefer von Landsberg und Elisabeth Gröber von Kolmar festgenommen. Die Beute ist von den Tätern unter der Hand an zahlreiche Privatpersonen die wegen Hehleri zur Anzeige gebracht sind, verkauft worden.

Stuttgart, 17. Jan. (Gefangenenerfreierung.) Vorgehen nahm ein Kriminalbeamter auf dem Schloßplatz in einem Wagen der Vorortbahn von Feuerbach den Zigeuner Gottlob Reinhardt fest, der in einem Sack und zwei Koffern 13 erwürgte Hühner, einige Leibe Bauernbrot, Butter und Zwiebel, die zweifellos von Einbruchdiebstählen herrührten, bei sich führte. Als der Beamte dazu schritt, auch die Umstehenden gegen den Beamten Stellung, so daß es den Zigeunern gelang, zu entkommen. Einer derselben, Eduard Reinhardt, ist inzwischen ergriffen worden. Es ist nicht der erste Fall, daß hier Polizeibeamte in der Ausübung ihrer Dienstpflichten von Unbeteiligten behindert werden.

Stuttgart, 17. Jan. (Postdieb.) Der 19 Jahre alte Postbote Max Wild aus Reihingen a. F., der verschiedene Briefpakete stahl, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Böblingen, 17. Jan. (Papiernot.) Nach einer Mitteilung des Amtsblatts, „Böblinger Bot“, konnte die Zeitung wegen Papiermangels, veranlaßt durch die Stilllegung der meisten Papierfabriken infolge mangelnder Kohlenzufuhr, seit einiger Zeit täglich nur zweifach erscheinen. Auf Erfundigungen wurde dem Blatt mitgeteilt, daß vorläufiglich die Aufnahme des Fabrikbetriebes am Montag erfolgen könne, wenn nichts dazwischen komme.

Tübingen, 17. Jan. (Neuer Rektor.) Zum Rektor der Universität ist auf das Studienjahr 1918/19 der ordentliche Professor Dr. Haller an der philosophischen Fakultät ernannt worden.

Sirlingen, O. A. Rottenburg, 17. Jan. (Das fiedie Mädchen.) Bei der liebsten Tochter des Zimmermanns Valentin Reins hat die Königin die Patenschaft übernommen und ein Patengeschenk übermitteln lassen.

Hechingen, 17. Jan. (Holzschäufpreise.) In Hohenzollern steht die Festlegung von Holzschäufpreisen bevor. Wegen den von der hohenzollernischen Verwaltung jetzt üblichen Preis von 27 Mark pro Raummeter nimmt der „Foller“ entschieden Stellung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieser hohe Preis als Höchstpreis vom Generalkommando nicht genehmigt wird. Die jährlich hohenzollernische Verwaltung soll aus dem Holzverkauf des Vorjahres eine Mehrernte von mehreren Millionen herausgeschlagen haben. — Nach Mitteilung der Sigmaringer „Volkzeitung“ hat die Stadtverwaltung Sigmaringen einen Brennholzschäufpreis von 15 Mark in Anrechnung gebracht.

Hechingen, 17. Jan. (Namenlose Briefe.) Nach Mitteilungen des „Foller“ werden die Behörden von Leuten, die auf tiefem moralischem Boden stehen, häufig mit anonymen Briefen bombardiert, sobald selbst von der Kanzel herab gegen die gemeine Handlungsweise der Verleumdung und Verächtlichmachung Stellung genommen wurde. Das Bezirkskommando Stodach bekommt aus seinem ganzen Bezirk nicht wenige anonyme, übrigens ungerichtete Denunziationen, als wir allein aus Hechingen! Mit einem Denunzianten und anonymen Briefschreiber redete dieser Tage das Gericht eine andere Sprache, indem es ihm zu 10 Tagen Gefängnis verurteilte.

Immer die alten Fehler.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 3 der „Schwäbischen Tageszeitung“ vom 4. Januar 1918 erschienenen Artikel schreibt uns die Reichsversorgungskasse für Württemberg und Hohenzollern:

Die Schweine sollen nicht mit Gewaltmaßregeln und mit Hilfe eines amtlichen Drucks auf einen gewissen Tag ausgerottet werden, wohl aber muß ihre Zahl den vorhandenen zulässigen Futtermitteln angepaßt werden. Um dies zu erreichen, hat das Kriegsernährungsamt angeordnet, daß die nicht zur Hausfleischung und zur Fortführung der Zucht geeigneten Schweine schleunigst abgenommen werden und daß für die bis 15. Januar 1918 abgenommenen Schweine gewisse Preiszuschläge bezahlt werden sollen. Der gegenwärtige Stand unserer Getreidevorräte duldet keine verbotene Verfertigung Schweine können aber ohne Einweißfutter nicht ernährt werden; anderes Einweißfutter als Getreide steht den meisten Landwirten nicht zur Verfügung. Es ist dem auch bekannt



und wird von seiner Seite bekräftigt, daß die Landwirte vielfach bisher unter Hebertragung des Veräußerungsrechts Getreide an Schweine verfüttert haben. Dem kann nur dadurch wirksam begegnet werden, daß durch möglichste Verminderung der Schweinebestände der Anlaß zur Getreideverfütterung entsprechend eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind die Landwirte aufgefordert worden, auch die für Winter und Frühjahr in Aussicht genommenen Hauschlachtungen alsbald vorzunehmen und in ihnen gelobt worden, daß sie sich aus den Hauschlachtungen mit Fleisch bis 31. Dezember 1918 eindecken können. Es hat sich nun aber gezeigt, daß trotz dieser Aufforderung sehr große Mengen von Schweinen zur Hauschlachtung erst im Februar und März zurückgestellt werden wollten. Die Zulassung dieser Absicht hätte bedeutet, daß an diese Schweine in den nächsten Monaten noch sehr große Mengen von Getreide verfüttert worden wären. Um die hierin für die Sicherung unserer Volksernährung liegende Gefahr zu beseitigen, hat sich deshalb das Kriegsernährungsamt veranlaßt gesehen, anzuordnen, daß die Hauschlachtungen alsbald, spätestens bis 31. Januar 1918, vorgenommen werden müssen. Entsprechende Anordnungen für Württemberg werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Diese Anordnung sind keine Dummheit. Wohl aber wäre die Duldung oder Befürwortung von Verhältnissen, welche die unerlaubte Verwendung von Getreide zur notwendigen Folge haben, heute ein Verbrechen.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen für die Sicherstellung unserer Volksernährung in den kommenden Monaten wird von der Fleischverorgungsstelle zusammen mit der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft durch umfassende Aufklärungsarbeit bei unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung zu verbreiten gesucht. Daraus kann am besten ersehen werden, daß die beteiligten Stellen keineswegs Zwang und amtlichen Druck in den Vordergrund ihrer Tätigkeit stellen, wohl aber geht es ohne bestimmte Erklärung dessen, was notwendig ist und geschehen muß, nicht ab.

Die Maßnahmen zur Verminderung der Schweinebestände sind getroffen worden vom Standpunkt unserer Getreidewirtschaft aus zur Sicherstellung der Brotversorgung des deutschen Volkes und des notwendigen Futters für die Zugtiere, namentlich die Pferdestärke. Sie

beruhen auf der Erkenntnis, daß Brot und Kartoffeln noch vor Fleisch und Fett hergestellt werden müssen. Es ist deshalb völlig verfehlt und irreführend, wenn die „Schwab. Tageszeitung“ diesen Anlaß benutzt, den Fleischverorgungsstellen vorzuwerfen, sie begünstigten sich damit, Vieh und Fleisch zu verwalten ohne Rücksicht auf die gesamte Volksernährungs- und Kriegswirtschaft.

Vermischtes.

Handelsgesellschaft Fleischverband. Der deutsche Fleischverband, der Verband deutscher Hausverwertungsgenossenschaften, der Verband deutscher Schlachthausbetriebe und zahlreiche Viehmarktbanken gründeten eine Handelsgesellschaft Fleischverband A.-G. mit zunächst einer Fiktion Aktienkapital, dessen Gründung auf 5 Millionen Mark schon in nächster Zeit vorgezogen ist. Der Zweck der Gründung ist die Befestigung von Beziehungen für das deutsche Fleischgewerbe während der Übergangswirtschaft, später die Ablösung der Viehmarktbanken.

Explosion. In einem Werk der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft in Berlin, Braunnstraße 107, entstand eine schwere Explosion. Von den in dem Räume anwesenden Personen wurde ein Frau sofort getötet. Durch herumfliegende Glas-, Eisen- und Holzsplitter wurden mehrere Arbeiterinnen verletzt.

Eisenbahnunglück. Am 17. Januar vormittags 7.12 Uhr entgleiste auf der Haltebahn bei Kira (bei Koblenz) der Urloenderzug Nr. 223 infolge von Dammunterbrechung. Die Maschine der Dammwagen und drei Personenwagen stürzten in die Tiefe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebenfalls verletzt. Der Zugverkehr auf der Haltebahn ist unterbrochen.

Legte Nachrichten.

Der Abendbericht.

BTB. Berlin, 17. Jan., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Unterseebootsverluste.

BTB. Berlin, 18. Jan. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat kürzlich an der Westküste Englands 4 Dampfer, 1 franz. Bewachungsfahrzeug, 1 Segler und 1 Fischdampfer versenkt. Die Mehrzahl der Schiffe

wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwehr in den für parte U-Bootsabwehr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Bristolkanals durch geschickte Angriffe versenkt. Hier fiel auch das franz. Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer. Sämtliche Dampfer waren bewaffnet. Unter ihnen konnten die engl. Dampfer „Gmelin“ und „Poston City“ namentlich festgestellt werden. Von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohlen, der andere vom Ansehen und Größe des englischen Dampfers „Gyrenon“ (Kohle 5294 T.) Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung B. F. 696.

Der Chef des Admiralstabs der Marine **BTB. Köln, 18. Jan.** Der Rhein und seine Nebenflüsse führen Hochwasser. Das Wasser stieg am Räder Pegel vom Mittwoch zum Donnerstag um 4 1/2 Meter.

Mutmaßliches Wetter.

Der Luftwirbel beginnt sich zwar rasch auszuüllen, aber der neu ankommende Hochdruck wird noch nicht angehtet zur Herrschaft gelangen. Für Samstag und Sonntag ist weiterhin unbeständiges, wenn auch in der Hauptlage trockenes und mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Druck und Wind der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altenheim.
Für die Schriftleitung verantwortlich Ludwig Kauf

Für die Soldaten!

Wer seine Angehörigen im Feld durch regelmäßig zuverlässige Nachrichten aus der Heimat erheitern will, veranlasse die Nachsendung unserer Zeitung

„Aus den Tannen“

Bestellungen wollen bei unserer Expedition unter genauer Angabe der Adresse gemacht werden.

Bezugspreis im Monat nur 80 Pfennig.

R. Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Wegsperrre.

Der untere Zinsbachtalweg ist auf Schlingen halber von der Sägmühlesteig bis zur Edelweiler Straße

gesperrt.

Statt Karten!

Als Verlobte empfehlen sich

Christine Wurster

geb. Kira

Friedrich Wurster

z. Zt. im Feld

Jgelsberg

Röt

Januar 1918.

Favorit-Moden-Album

— Preis 80 Pfg. —

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhdlg.

Oberschwandorf.

Ein Paar Krähne



hat zu verkaufen

Lehr-Stiere

Gottlieb Broß, Bauer.

Suche auf sofort oder 1. Febr. fleißiges

Mädchen

oder Anstalt.

Näheres bei der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mädchen gesucht

auf Blüthen nicht unter 18 Jahren für Metzgerei und Landwirtschaft. Be. erfragen in d. Exped. ds. Bl. Spielberg.

Ein 8 Monate altes, schönes

Einsteil Kind

hat zu verkaufen

Friedrich Broß.

Altentüchig.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

Joh. Kübler

Strafenwart a. D.

im Alter von beinahe 80 Jahren unerwartet schnell gestorben ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag Nachm. 2 Uhr.

Vanderhaus Berned.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Anna Maria Realschler

geb. Wurster

im Alter von 73 Jahren gestorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag Nachmittag 2 Uhr in Berned.